Eine Aktion im Rahmen von

HAMBURG

Preisträger 2011

UMWELTHAUPTSTADT EUROPAS

Landesfrauenrat Hamburg e.V.

Gender und Nachhaltigkeit

In Hamburg – Umwelthauptstadt Europa 2011

Inhalt

Spannungsfeld Gender und Umweltschutz
Christa Randzio-Plath……3

Geschlechtergerechtigkeit und Umwelthauptstadt Hamburg
Jutta Blankau……5

Klimawandel und Gender
Ulrike Röhr……6

Nachhaltige Entwicklung und Gender
Ines Weller……8

Nachhaltige Großstadtentwicklung und Gender
Maren Jonseck-Ohrt……11

Umweltrelevante Tatsachen von A bis Z……13

Links zum Thema……20

Mobilität und Nachhaltigkeit
Ulrike Riedel……21

Nachhaltige Stadtplanung und Gender
Angela Hansen……23

Wohnen und Gender
Alexandra Czerner……24

Nachhaltigkeit und Konsum
Silke Schwartau und Freya Schulz……25

Wasser und Gendergerechtigkeit
Anja Hajduk……27

Energie und Gender
Monika Schaal……28

Stadtentwicklung und Gender
Birgit Stöver……29

Perspektiven für 2012……30

Impressum……31

Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath
Spannungsfeld Gender und Umweltschutz
Erste Vorsitzende des Landesfrauenrates Hamburg e.V.

Was hat Gender mit Umwelt zu tun fragen, viele engagierte UmweltschützerInnen wie auch die Bevölkerung im allgemeinen. Die UN-Umweltkonferenzen haben seit der berühmten Rio-Konferenz 1972, die die Produktions- und Konsummuster der Industrieländer als zentrales Problem für die globalen Umweltbelastungen herausstellte, immer wieder festgestellt, dass Frauen und Männer Umweltprobleme nicht in gleicher Weise erfahren. Sie sind von Umweltbelastungen unterschiedlich betroffen, sind aber auch an der Entstehung von Umweltproblemen unterschiedlich beteiligt.
Die Agenda 21 und die UN-Weltfrauenkonferenzen haben daher auf die Beteiligung von Frauen an der Lösung von Umweltproblemen großen Wert gelegt. Gleichzeitig haben sie auch versucht, die einzelnen Sektoren wie Energie und Gesundheit, Müll und Abfall, Strahlenschutz, Verbraucherschutz oder Klima, Umweltverhalten und nachhaltige Entwicklung genderspezifisch zu untersuchen und Vorschläge zu entwickeln.
In Deutschland ist das Gender Mainstreaming im Umweltschutz vor allem in den neuen Bundesländern, aber auch in Bayern angekommen. Aufgrund einer Entschließung der Europäischen Union hat das Bundeskabinett im Juli 2000 die Gleichstellung der Geschlechter zum durchgängigen Leitprinzip bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen erklärt (Gender Mainstreaming). Dieser Beschluss betrifft sämtliche Politikbereiche und damit alle Bundesministerien. Im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat sich das Projektteam „Umsetzung des Gender Mainstreaming im BMU“ mit MitarbeiterInnen aus allen Bereichen des BMU und seiner nachgeordneten Behörden (Bundesamt für Strahlenschutz, Umweltbundesamt und Bundesamt für Naturschutz) gebildet, um die Gender Mainstreaming-Strategie in konkrete Vorhaben zu übersetzen. Inzwischen werden Genderperspektiven in der Klima- und Wasserforschung, der Ernährungs- und Mobilitätsforschung, aber auch in der politischen Planung stärker berücksichtigt.
Im Wechsel vom 5. zum 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union hat die EU-Kommission eine neue große Forschungssektion „Women and Science“ aufgebaut. Das Institut für sozial-ökologische Forschung führte dazu ein Gender Impact Assessment im Subprogramm „Umwelt und nachhaltige Entwicklung“ (ein Teilbereich von „Energie, Umwelt und nachhaltige Entwicklung“) durch. Eine zentrale Aufgabe des Projekts lag in der konzeptuellen Anpassung der auf Politikabschätzung ausgerichteten Methode des Gender Impact Assessment an die Forschung und hier besonders auf das Forschungsfeld „Umwelt“ und „nachhaltige Entwicklung“. Ihre sieben Forschungsschwerpunkte, die eine deutliche Ausrichtung an naturwissenschaftlich-technischen Fragen in der Umweltforschung widerspiegeln, auf geschlechtsspezifische und soziale Indikatoren hin zu evaluieren, bedeutete eine große Herausforderung.
Genderinteressen und –bedürfnisse gehören in die Klimadebatte, auch in der Vorbereitung der großen UN-Umweltkonferenz 2012 in Rio. Die afrikanische Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai hält Umweltschutz für ein großes Feld der Friedenspolitik, wie auch die ehemalige norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland. Beide stehen für nachhaltige soziale und ökologische Entwicklung - das Hauptthema für die Rio-UN-Umweltkonferenz 2012. Heute kümmert sich ein internationales Frauen-Führungs-

Programm um koordinierte Umweltiniativen auf UN-Ebene, dem Umweltministerinnen, Umweltaktivistinnen und Umweltschutzpersonen weltweit angehören.

Sind Frauen „bessere“ UmweltschützerInnen?

Frauen fahren weniger Auto, verbrauchen weniger Energie, ernähren sich gesünder, haben also ein höheres Umweltbewusstsein. Die Fakten belegen diese geschlechtsspezifische Einstellung zur Umwelt, weisen wie in der friedenspolitischen Debatte darauf hin, dass Frauen nicht die „besseren“ Menschen sind, aber ihre Sozialisation und ihre soziale Verantwortung und Rolle dazu führen, dass sie sich umweltverantwortlicher verhalten. Dies gilt nicht nur für Ökoprodukte, sondern auch für Wasser und Energie. Frauen nehmen offensichtlich die Risiken unterschiedlich zu Männern wahr und entscheiden sich deswegen mehrheitlich gegen Atomstrom und für erneuerbare Energien oder protestieren stärker gegen Gen-Food. Die in Kinderarbeit produzierten Produkte stoßen bei ihnen mehrheitlich auf Ablehnung. In den USA sind Frauen in Privathaushalten für das hohe Maß an Recycling verantwortlich und sorgen sich mehr als Männer um die sichere Abfallentsorgung. Auch die Anpassungschancen an den Klimawandel, besonders in den Ländern des Südens, sind ungleich verteilt. Die Stimmen derjenigen, die aufgrund ihrer Armut keinen Zugang zu den Märkten haben, werden weniger gehört.

Allerdings treffen Frauen 80% aller Entscheidungen, die mit Verbraucherverhalten zu tun haben. Sie könnten als Verbraucherinnen Produktion und Konsum anders beeinflussen als heute, wenn sie ihre Verbrauchermacht organisieren. Ich teile die Ansicht des Globalen Bündnisses für Gender und Klima, dass Frauen die Glut sind, die alle Aktionen für eine nachhaltige Entwicklung zusammenbringt und politische Entscheidungen ihre Anliegen und Bedürfnisse respektieren. Auch in Deutschland gibt es hier Nachholbedarf – auf der Regierungs- und Parlamentsebene, in der Wissenschaft und in der bundesweit sehr großen und gewichtigen Szene der Nichtregierungsorganisationen für umweltpolitische Belange. Der Landesfrauenrat Hamburg sieht den Nachholbedarf auch in Hamburg, braucht daher die Partnerschaft mit den Hamburger umweltpolitischen AkteurInnen.

Hamburg ist europäische Umwelthauptstadt 2011

Die EU-Kommission hat Hamburg am 23. Februar 2009 in Brüssel den Titel "Umwelthauptstadt Europas 2011" verliehen. Mit dem für 2010 an Stockholm erstmals vergebenen Titel zeichnet die Europäische Kommission die umweltfreundlichsten Städte in Europa aus. Hamburg ist diesjährige Umwelthauptstadt Europas, da sie mit ihrem Klimaschutzkonzept, dem Ausbau des Nahverkehrs, der Förderung Erneuerbarer Energien und Projekten wie dem Sprung über die Elbe überzeugen konnte. Als „European Green Capital“ wurden in Hamburg zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen zu den Themen Klima und Energie, Stadtentwicklung und Wohnen, Mobilität, Ressourcenschutz und Wirtschaften, nachhaltiger Konsum sowie Natur und Stadtgrün durchgeführt, weitere werden bis Ende diesen Jahres durchgeführt. Zu den AkteurInnen zählen nicht nur die Behörden, Bezirke und öffentlichen Unternehmen der Stadt. Auch Unternehmen, Kammern, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Verbände und Stiftungen haben die Möglichkeit, sich am Programm der Umwelthauptstadt zu beteiligen. Nach Hamburg wird die spanische Stadt Vitoria-Gasteiz 2012 Umwelthauptstadt sein, gefolgt von Nantes (Frankreich) 2013.

I HAMBURG
UMWELTHAUPTSTADT EUROPAS 2011

Jutta Blankau

Geschlechtergerechtigkeit und Umwelthauptstadt Hamburg

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg

Geschlechtergerechtigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für eine zukunftsfähige, nachhaltige Entwicklung, die Hamburg in einem nachhaltigen Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem anstrebt. Da Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen nicht geschlechtsneutral sind, ist die Berücksichtigung von unterschiedlichen Interessen von Frauen und Männern nicht nur aus der sozialen Perspektive wichtig.

Auch bei Umweltthemen wird durch die Beteiligung von Gender-Aspekten die Qualität der Maßnahmen verbessert, und durch Beteiligungsprozesse steigt die Akzeptanz der Ergebnisse bei Bürgerinnen und Bürgern. Das Thema Gleichstellung ist der Behörde für Justiz und Gleichstellung zugeordnet, um die in der Hamburgischen Verfassung verankerten, aber in der Realität noch nicht gegebene Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Das Augenmerk der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) liegt darauf, gleichstellungspolitische Aspekte in Umwelt- und Stadtentwicklungspolitik herauszustellen. Um für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung unterschiedliche Lebenssituationen von Frauen und Männern zu berücksichtigen, ist Gender-Mainstreaming bereits seit 1994 als Querschnittsaufgabe in der BSU, einschließlich ihrer Vorgängerbehörden, integriert. Die Arbeitsgruppe *Fachfrauen der BSU* wird in die Abstimmung von Planungsprozessen und Grundsatzpapieren eingebunden. Viele Fachbereiche wie Stadtplanung, Wohnungsbau und Grünplanung profitieren von dem fachlichen Mehrwert der gleichstellungsorientierten Perspektive. So hat die Arbeitsgruppe beispielsweise Gender-Aspekte in Form von Checklisten in städtebauliche Wettbewerbsverfahren eingebracht.

Auch bei den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stellt sich die Verwaltung der Aufgabe der Geschlechtergerechtigkeit. Der Genderaspekt wird in diverse Personalentwicklungs-Projekte der BSU impliziert, so z. B. in die erfolgte Beschäftigtenbefragung zur Arbeitszufriedenheit. Darüber hinaus bieten das Zertifikat *audit berufundfamilie*, das in der BSU und weiteren Hamburger Behörden umgesetzt wird, Frauen und Männern die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Für das Ziel des Senats, mehr Frauen in der Verwaltung in Spitzenpositionen zu bringen, wird aktuell z. B. eine Fortbildungsmaßnahme angeboten.

Der Titel der Europäischen Umwelthauptstadt, den Hamburg dieses Jahr trägt, ist sowohl eine Auszeichnung für Geleistetes im Umweltbereich als auch ein Ansporn dafür, wichtige Impulse über das Jahr 2011 hinaus aufzugreifen und zu verstetigen. Um Hamburg zukunftsfähig zu machen, müssen auch die Ansätze zur Geschlechtergerechtigkeit, die in unserer Stadt bereits existieren, weiter entwickelt werden. Die Tatsache, dass viele, die sich im Umweltschutz und anderen Nachhaltigkeitsaspekten engagieren, weiblich sind, ist ein guter Ausgangspunkt. Verstärken müssen wir unsere Anstrengungen in Teilbereichen, die immer noch männerdominiert sind. Dort bieten u. a. Beteiligungsprozesse die Chance, das Leitprinzip Geschlechtergerechtigkeit in die Hamburger Realität umzusetzen.

Ulrike Röhr

Klimawandel und Gender

genanet (Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit)

Der Klimawandel, Finanzkrise(n) und Wirtschaftskrise(n) dominieren derzeit die öffentlichen Diskussionen und schüren Zukunftsängste. Erstaunlich wenig wird darüber diskutiert, dass diese Krisen dieselben Ursachen haben könnten: Missachtung von Gerechtigkeit, Missachtung der Grenzen der Ressourcen und der Grenzen des Wachstums, Überbewertung des ‚Marktes' als Mechanismus, der alles regelt und wieder ins Lot bringt und die mangelnde Einbeziehung von Frauen in die Gestaltung unserer Zukunft und als Resultat die Vergeudung innovativen Potenzials.

Werfen wir zunächst einen Blick auf den Klimawandel: Wir wissen, dass die Ursachen geschlechterdifferenziert zu betrachten sind, dass die Lösungsstrategien von Frauen und Männern unterschiedlich sind, dass die Instrumente zum Klimaschutz Frauen und Männern in ihren jeweiligen Lebenssituationen unterschiedlich betreffen (können). Und wir wissen vor allem, dass die Auswirkungen des Klimawandels weltweit die Ärmsten am stärksten treffen. Das sind einerseits die Länder, die am wenigsten zu seiner Entstehung beigetragen haben und andererseits innerhalb aller Länder diejenigen, die am unteren Ende der Wohlstandsskala zu finden sind: Die Frauen. Während die Betroffenheit oder die Verwundbarkeit von Frauen durch den Klimawandel in den Debatten und Verhandlungen inzwischen weitgehend anerkannt wird, findet die Genderdimension bei der Verursachung und den Lösungsansätzen noch wenig Resonanz.

Ein großes Fragezeichen besteht bei PolitkerInnen und PlanerInnen vor allem dabei, wie die Genderdimension bei der Entwicklung von Klimaprogrammen und -maßnahmen berücksichtigt werden könnte. Solange sich der Klimaschutz der Marktlogik anzupassen hat, wird das auch schwierig bleiben. Obwohl der Klimawandel von führenden Ökonomen dem Versagen des Marktes zugeschrieben wird, richten sich gleichzeitig alle Hoffnungen auf eben diesen Markt, der jetzt alles wieder richten soll. Vor dem Hintergrund der anfangs erwähnten Krisen muss dies dann doch stark angezweifelt werden. Trotzdem, neben dem Kohlenstoffmarkt ist die „Green Economy" oder der „Green New Deal" das Konzept zur Krisenbewältigung - tunlichst ohne grundlegende Veränderungen unserer Lebens- und Produktionsstile. Nächstes Jahr wird der 20. Jahrestag der legendären UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung begangen. Eines der beiden Schwerpunktthemen bei der Rio+20 Konferenz, die 2012 stattfinden soll: „Green Economy in the context of poverty eradication".

Aber was bedeutet Green Economy? Ebenso wie der nach Rio1992 forcierte Begriff der Nachhaltigkeit ist auch dieser sehr schwammig. Vergleicht man die verschiedenen Konzepte der „grünen Ökonomie" so fällt direkt auf, dass ausnahmslos alle Konzepte am Wachstumsparadigma festhalten, wenn sie nicht schon gleich über „Green Growth" reden statt über die „Green Economy". Dabei ist bekannt, dass die Spirale der Zerstörung sich immer schneller dreht, je höher die Wachstumsrate ist. Aber die Widerstände, dies zu akzeptieren, sind groß. Auffällig ist darüber hinaus, dass alle Konzepte ausschließlich die Güterproduktion im Blick haben. Ausnahmen sind hier der Green New Deal der Böll-Stiftung und das Green Economy Konzept der UNEP, das die Situation in den Entwicklungsländern betrachtet. Es stellt sich die Frage, ob diese Fokussierung auf Güterproduktion damit zu tun hat, dass die Debatten stark männer- und marktdominiert sind? Personenbezogene Dienstleistungen und Versorgungsarbeit passen nicht in diese Marktlogik. So wundert es nicht, dass ausnahmslos keines der bisherigen Konzepte auch nur

den kleinsten Hinweis auf Geschlechtergerechtigkeit enthält. Vor diesem Hintergrund führen wir bei genanet ein Projekt durch, das die Diskussion über eine geschlechter-gerechte Green Economy anstoßen und gemeinsam mit großen deutschen Frauenverbänden Eckpunkte dafür identifizieren soll.

Wie könnte ein geschlechtergerechtes Wirtschaftskonzept aussehen, worauf können wir aufbauen? Ohne einen grundlegenden Perspektivenwechsel ist die notwendige gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation nicht möglich. Aus unserer Sicht muss auf der Basis des ‚Guten Lebens', der sozial-ökologischen Qualitäten auf die Rahmenbedingungen der Wirtschaft geguckt werden: Wie müssen Geldströme und Finanzmärkte organisiert sein, um diesem guten Leben zu dienen? Welche Infrastrukturen brauchen wir dafür, wie wird das Ganze der Arbeit - also nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch die Arbeit zum Wohle der Gesellschaft und der Familie - organisiert? Wir müssen vor diesem Hintergrund auf Stoffkreisläufe und Ressourcenverbräuche gucken, auf unser Konsumverhalten, aber auch auf Beteiligung, Partizipation, Transparenz - denn ohne diese wird die nötige Transformation nicht die Akzeptanz der breiten Bevölkerung erhalten, die sie braucht um wirkliche Veränderungen zu bewirken. Mut zum Umverteilen wird hier gefordert, denn:

„Keine Klimagerechtigkeit ohne Gendergerechtigkeit". © Dow Punpiputt/Oxfam.

Je reicher eine Gesellschaft, desto geringer der Wohlfahrtsgewinn durch Wachstum. Dagegen geht es den Gesellschaften, in denen Gleichheit herrscht, besser - und zwar ALLEN Gesellschaftsmitgliedern. Auch wenn das für alle Länder der Welt gilt, stellt sich das Problem in den Entwicklungsländern noch etwas anders dar: Wirtschaftswachstum ist hier oft noch erforderlich, um Wohlstand zu erreichen. Aber auch hier muss gefragt werden: Was wächst hier eigentlich, wenn die Wirtschaft wächst? Wächst das Einkommen von Frauen - oder nur deren zusätzliche (Versorgungs-) Arbeit? Wie wirkt sich Wachstum auf den informellen Sektor aus - wird der noch weiter marginalisiert? Wie kann wirtschaftliche Entwicklung mit Armutsbekämpfung verbunden werden? Was wir dringend brauchen, um nicht in traditionellen Konzepten verhaftet zu bleiben, sind feministische Denkräume, Ressourcen für eine Vernetzung um uns auszutauschen, um innovative Gedanken weiterzuspinnen - hier wie im Süden und vor allem im produktiven Austausch zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden. Wir würden die Antworten auf viele Fragen finden, die jetzt noch offen sind.

Prof. Dr. Ines Weller

Nachhaltige Entwicklung und Gender

Professorin am Forschungszentrum Nachhaltigkeit und Zentrum Gender Studies, Universität Bremen

Die Debatten zu Nachhaltigkeit und Gender begannen in den 1970er Jahren. Zurückblickend lassen sich international und national verschiedene Meilensteine und Hauptentwicklungsphasen unterscheiden, die diesen Diskurs wesentlich geprägt haben. Im Folgenden werden einige dieser Hauptstationen, die sich immer auch wechselseitig bedingt und überlagert haben, nachgezeichnet.
Entscheidend für die Formulierung frauen- bzw. genderspezifischer Vorstellungen über Nachhaltigkeit war der 1991 in Miami durchgeführte „Weltfrauenkongress für einen gesunden Planeten“, der auf die Vorbereitung der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro ausgerichtet war. Die Teilnehmerinnen entwickelten den „Frauen-Aktionsplan 21“, der betont, dass die globale ökologische Krise und die soziale Situation von Menschen zwei Seiten derselben Medaille sind, die zudem über die jeweilige gesellschaftliche Ordnung der Geschlechter miteinander verwoben sind. Nach intensiver Lobbyarbeit gelang es, ein eigenes Kapitel, das Kapitel 24, zu Frauen und Gender in die AGENDA 21 aufzunehmen. Schwerpunkt ist insbesondere das Ziel Geschlechtergerechtigkeit, das im Wesentlichen als angemessene Teilhabe und Partizipation von Frauen an den Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen für eine nachhaltige Entwicklung verstanden wird. Zugleich wird eingeräumt, dass Frauen und Männer nicht nur unterschiedlich an der Entstehung von Umweltproblemen beteiligt, sondern auch von ihren Auswirkungen betroffen sind bzw. sein können. In der Forderung von Kapitel 24, die „strukturellen Zusammenhänge zwischen Geschlechterbeziehungen, Umwelt und Entwicklung“ zu untersuchen, klingt außerdem an, dass die Beziehung zwischen Nachhaltigkeit und Gender über die Gleichstellung der Geschlechter hinausgeht und auch eine inhaltlich-konzeptionelle Seite hat. Grundsätzlich wird die Bedeutung von Kap. 24 der Agenda 21 auch von dem Abschlussdokument des Nachhaltigkeitsgipfels in Johannesburg 2002, dem Bericht des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung, bestätigt.

Die Erklärung von Johannesburg nimmt darauf Bezug und führt aus: „Wir sind fest entschlossen dafür zu sorgen, dass die Ermächtigung und Partizipation der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter in alle Aktivitäten eingebunden werden, die im Rahmen der Verwirklichung der Agenda 21 ... stattfinden“. In Deutschland lässt sich als weitere prägende Phase die feministische Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit kennzeichnen, die sich an der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ entzündete. Diese in der Öffentlichkeit viel beachtete Nachhaltigkeitsstudie wurde 1996 vom Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) und der entwicklungspolitischen Organisation Misereor durchgeführt. Die Studie stieß an vielen Punkten auf feministische Kritik: So wurde u.a. das der Studie zu Grunde gelegte Nachhaltigkeitsverständnis kritisiert: Es nehme einen engen, erwerbsarbeitszentrierten Blickwinkel ein, gehe von einem verengten Verständnis von Produktion(sarbeit) aus, blende die (feministische) Diskussion über Reproduktion(sarbeit) aus und verwende einen unreflektierten Naturbegriff. Zweitens wurde insbesondere an den in der Studie entwickelten Umsetzungsstrategien kritisiert, dass sie die anhaltende traditionelle geschlechtsspezifische Rollenzuweisung, die geschlechtsspezifische Arbeits- und Verantwortungsteilung, nicht reflektierten. Zugleich würden der Privatbereich und das private Konsumverhalten jedoch als entscheidend für Veränderungen und Umstellungen in Richtung Nachhaltigkeit

präsentiert, wodurch indirekt die „Feminisierung der Umweltverantwortung" fortgeführt werde. Diese an der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" beispielhaft aufgezeigten feministischen Kritikansätze weisen über diese hinausgehend auf allgemeine Anforderungen aus Genderperspektive an die inhaltlich-konzeptionelle Ausgestaltung von Nachhaltigkeit.
Das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung hat sich bekanntermaßen seit der UN-Konferenz 1992 in Rio als globales Leitbild der Umwelt- und Entwicklungspolitik etabliert. Es knüpft an langjährige Debatten im Kontext der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik über die Ausgestaltung einer zukunftsfähigen Entwicklung der Menschheit an, die bereits seit den 1970er Jahren versuchen, ökologische und entwicklungspolitische Diskussionsstränge und Problemstellungen zusammenzuführen. Der Diskurs über das Nachhaltigkeitskonzept wurde und wird in diversen Nachfolgekonferenzen – zuletzt auf dem Earth Summit 2002 in Johannisburg – fortgeführt und hat insofern global und programmatisch eine hohe Verbindlichkeit und Kontinuität erhalten.
Auch wenn eine einheitliche und allgemein akzeptierte Definition von Nachhaltigkeit nicht zu erkennen (und auch nicht zu erwarten) ist, bezieht sich ein Großteil der Nachhaltigkeitsdebatten noch immer auf die Arbeiten der Brundtland-Kommission als Basisdefinition einer nachhaltigen Entwicklung. Die Brundtland-Kommission führte in ihrem 1987 veröffentlichten und viel zitierten Abschlussbericht „Our Common Future" aus: „Unter 'dauerhafter Entwicklung' verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen".

Vor dem Hintergrund der Geschlechterforschung und -politik sind insbesondere in den konstitutiven Elementen von Nachhaltigkeit grundsätzliche Verbindungslinien zwischen den Debatten über Nachhaltigkeit und Gender angelegt. Diese konstitutiven Elemente werden als übergreifende Kernelemente des gesellschaftlichen Lern- und Umgestaltungsprozesses in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung weitgehend anerkannt. Sie sind wenig strittig, auch wenn sie je nach disziplinärer Herkunft und inhaltlicher Positionierung unterschiedlich bewertet und inhaltlich gefüllt werden. So gehen beispielsweise Hübler et al. von vier konstitutiven Nachhaltigkeitselementen aus und sehen in Integration, Dauerhaftigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Partizipation unverzichtbare Eckpfeiler einer nachhaltigen Entwicklung. Zusätzlich wird häufig noch als weiteres konstitutives Element von Nachhaltigkeit Globalität angeführt. Wesentliche konzeptionelle Verbindungslinien zwischen Nachhaltigkeit und Gender bieten die Kernelemente Gerechtigkeit, Integration und Partizipation. Aus dem Gerechtigkeitspostulat von Nachhaltigkeit lässt sich eine direkte Verbindung zur Diskussion um Chancengleichheit z.B. im Gender Mainstreaming ableiten, da sich aus Genderperspektive an Verteilungsgerechtigkeit direkt die Frage nach Geschlechtergerechtigkeit anschließt. Das konstitutive Nachhaltigkeitselement Verteilungsgerechtigkeit enthält somit implizit die Dimension Geschlechtergerechtigkeit u.a. in Hinblick auf die Verteilung von Nutzen und Risiken, z.B. bezogen auf den Zugang zu

Ressourcen, die Betroffenheit von Umweltbelastungen und den Folgen von Nachhaltigkeitskonzepten. Eine weitere herausragende programmatische Anforderung des Nachhaltigkeitskonzepts ist seine Integrationsdimension, die für die Erarbeitung von zukunftsfähigen Problemlösungen eine integrierte Bearbeitung ökologischer, sozialer, ökonomischer, technischer sowie politisch-institutioneller Fragen vorsieht. Mit der Aufnahme der sozialen Dimension gerät grundsätzlich auch die Bedeutung von Gender in den Blick, da diese als eine zentrale Strukturkategorie gesellschaftliches Handeln entscheidend mit beeinflusst. Außerdem greift der Integrationsanspruch indirekt einen (Kritik)Punkt der feministischen (Natur)Wissenschafts- und Technikkritik auf, der sich auf die aus dem Kontext gerissene Sichtweise von (Natur)Wissenschaft und Technik richtet, die bei ihren Frage- und Problemstellungen ihre Einbindung in gesellschaftliche Kontexte, z.B. in die Interessen und Motive der handelnden Akteure, ausblendet. Weiterhin ist die Forderung nach Partizipation und Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen am Prozess einer nachhaltigen Entwicklung zentral für den Nachhaltigkeitsdiskurs.

Das Kapitel 24 der Agenda 21 betont die Notwendigkeit, Frauen aktiv in die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen sowie an der Gestaltung und Durchführung der Agenda 21 einzubeziehen. Die Forderung nach der Partizipation von Frauen stellt somit eine weitere Verbindungslinie zu Genderforderungen dar, die seit vielen Jahren eine angemessene Beteiligung von Frauen an den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Schaltstellen einfordern. Insofern bietet die Partizipationsdimension des Nachhaltigkeitskonzepts aus Genderperspektive auf der einen Seite deutliche Anknüpfungspunkte, auf der anderen Seite zeigt aber gerade die Genderdiskussion zu Partizipation, dass Beteiligung Entscheidungs- sowie Gestaltungsmöglichkeiten voraussetzt. Dies bedeutet die aktive Mitgestaltung von Frauen an den gesellschaftlichen, technischen, ökologischen und ökonomischen Weichenstellungen in Richtung Nachhaltigkeit in zweierlei Hinsicht: Sie sind daran sowohl auf Grund ihrer Expertise als Schlüsselakteurinnen des Alltags als auch als naturwissenschaftlich-technische Expertinnen zu beteiligen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im Wesentlichen zwei Vorstellungen den Diskurs zu Nachhaltigkeit und Gender bestimmen. Das ist die normative Dimension Geschlechtergerechtigkeit, die sowohl enge Bezüge zu dem Gerechtigkeitspostulat von Nachhaltigkeit als auch zu dem Ziel Chancengleichheit im Gender Mainstreaming aufweist. Sie bezieht sich insbesondere auf die Bestimmung und Berücksichtigung möglicher Geschlechterunterschiede in den Voraussetzungen und Auswirkungen von Strategien, Konzepten und Maßnahmen in Richtung Nachhaltigkeit. Durch die starke Fokussierung auf Geschlechterdifferenzen auf individueller Ebene besteht jedoch die Gefahr, tradierte Geschlechterrollen und dualistische Geschlechterkonstruktionen fortzuführen. In neueren Diskussionen der sozial- und geisteswissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung über die Kategorie Geschlecht wird deswegen die Notwendigkeit betont, diese im Kontext mit anderen sozioökonomischen Einflussfaktoren wie Alter, Lebensform, Einkommen oder Ethnie zu betrachten.

Maren Jonseck-Ohrt

Nachhaltige Großstadtentwicklung und Gender

Vorsitzende des BUND Hamburg

Eine zukunftsfähige Großstadtentwicklung in Hamburg ist wesentlich bestimmt durch die nachhaltige Entwicklung der politischen Handlungsfelder Klimaschutz, Flächenverbrauch und Verkehrsentwicklung. Unter Berücksichtigung dieser drei Bereiche lassen sich die aus umweltfachlicher Sicht relevanten Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung ableiten. Dazu zählen Klimaschutz, Ressourcenschutz, Naturschutz, Reduzierung der Luftschadstoffe aus Verkehr und Industrie, gesundes Wohnen und Arbeiten, Verringerung der Lärmbelastung und ein ausgewogenes Flächenmanagement. Integrative Ansätze, wie sie der Nachhaltigkeitsgedanke fordert, finden wenn überhaupt nur rudimentär statt. Da wundert es nicht, dass der Genderbezug trotz Senatsbeschluss bisher in den jeweiligen Diskussionen kaum Beachtung findet. Es überwiegt eine „Technikdebatte“, bei der Grenzwerte, Effizienzstandards und gesetzliche Regelungen im Vordergrund stehen. Programme, wie zum Beispiel die Verkehrslärmaktionsplanung, erwähnen nicht einmal, dass es Genderbezüge gibt. Im Folgenden sollen einige Beispiele die Aufgaben im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung, auch im Hinblick auf den Genderbezug, deutlich machen:

© Photocase

Thema Verkehr/ Mobilität

Bis heute fehlt in Hamburg ein Verkehrskonzept, an dem sich die nachhaltige Entwicklung des Individualverkehrs, des Wirtschaftsverkehrs und des öffentlichen Nahverkehrs orientieren könnte. Ein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs findet seit Jahren kaum statt. Zukunftsweisende Ideen wie die Stadtbahn oder der Ausbau der U2 bis Glinde werden nicht realisiert. Insbesondere die Möglichkeit einer kostengünstigen und umweltfreundlichen Mobilität (z.B. sicheres und umfassend ausgebautes Radwegenetz, Optimierung des ÖPNV Angebotes) ist ein wichtiger Baustein für eine gleichberechtigte Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern. Als Stichwort ist auch eine Infrastruktur der „Kurzen Wege“ zu nennen.

Schon lange leidet die Lebensqualität von Stadtteilen unter den enorm angestiegenen Verkehrsströmen und den damit verbundenen Lärm- und Luftbelastungen. Auch hiervon sind besonders Frauen aus sozial schwachen Schichten betroffen. Programme, wie zum Beispiel die Lärmaktionsplanung, beinhalten bisher überwiegend technische Lösungen, eine Verzahnung mit den anderen Feldern politischen Handelns erfolgt nur ansatzweise. Eine Untersuchung der Genderbezüge könnte hier den Blick auf die sozialen Bezüge stärken.

Thema steigender Konsum:

Studien zeigen, dass die Hamburgerinnen und Hamburger in den vergangenen Jahrzehnten in steigendem Maß effiziente Haushaltsgeräte gekauft haben. Diese Effizienzgewinne spiegeln sich in der Gesamtbilanz nicht wieder, da immer häufiger Geräte ausgewechselt werden. So stellte der Zukunftsrat in seiner aktuellen Studie fest, dass in 10 Jahren kaum Fortschritte in dem Bereich Ressourcenschutz/ Konsumentenverhalten erfolgt sind. Frauen

haben generell einen anderen Technikzugang als Männer. Hier könnte eine gendergerechte Ansprache die Gruppe der umweltbewussten Konsumentinnen und Konsumenten erheblich vergrößern.

Thema begrenzte Flächenressourcen:

Als Stadtstaat hat Hamburg nur begrenzte Flächen zur Verfügung, die zwischen den unterschiedlichen Nutzungsansprüchen aufgeteilt werden müssen. Eine nachhaltige und umweltgerechte Stadtentwicklung muss darauf achten, dass sie sorgfältig mit der Ressource Natur umgeht. Häufig werden die Naturflächen außerhalb der Naturschutzgebiete zu „Bau-Erwartungsland“ degradiert und entsprechend schnell zu bebaubaren Flächen erklärt. Auch hier sind Genderaspekte eine Fehlanzeige. Das Thema Naturschutz/ Artenvielfalt, darf nicht auf eine Punktewert- und Ausgleichsdiskussion reduziert werden. Hier könnte der unterschiedliche Zugang von Frauen und Männern zum Thema Natur neue Maßstäbe in der Planung setzen.

Das aktuelle Leitbild Hamburgs: „Wachstum mit Weitsicht“ muss gegenüber den genannten Herausforderungen bestehen. Weitsicht bedeutet, auch die ökologischen Grenzen zu benennen und entsprechende Ziele zu definieren. Noch immer werden Projekte gefördert, die den kurzfristigen Interessen einer bestimmten Gruppe dienen. Folgenabschätzungen, Alternativen und Verflechtungen im Sinne einer umweltgerechten nachhaltigen Entwicklung, werden sofern sie überhaupt thematisiert werden, oft nur halbherzig berücksichtigt. Ein wichtiger Aspekt von nachhaltiger Stadtentwicklung sind die Beteiligungsverfahren mit teilweise rechtlichem Charakter. Genderaspekte werden standardmäßig bisher nicht in die Verfahrensabläufe einbezogen. Hier gilt es Frauen mit ihren spezifischen Sichtweisen für diese Beteiligungsverfahren zu begeistern.

Beteiligungsverfahren haben inzwischen oft einen hohen Grad an Fachlichkeit, technischen Aspekten und rechtlichen Bezügen. Dadurch besteht eine Hemmschwelle für Bürgerinnen, ihre Belange und Anregungen vorzutragen. Somit werden auch Genderaspekte nicht in die Verfahren eingebracht. Dabei sind auch das die Faktoren mit unmittelbarem Lebensumwelt-bezug, die erst den Erfolg einer Planung langfristig sichern. Hier könnte ein im jeden Verfahren zu berücksichtigender Genderkatalog zu mehr Akzeptanz von Entscheidungen führen. Spannend wäre auch folgendes Experiment: Bei einer Planungswerkstatt o der Zukunftskonferenz diskutieren Frauen und Männer in getrennten Arbeitsgruppen. Die Ergebnisse sind sicher gendergerechter als bei gemischten Gruppen und verhelfen vielleicht dazu, Interessenslagen von Frauen und Männern gleichermaßen zu berücksichtigen.

Eine Aktion im Rahmen von HAMBURG Preisträger 2011 UMWELTHAUPTSTADT EUROPAS

Umweltrelevante Tatsachen und Zahlen von A bis Z

Abfall und Recycling

Ein Vergleich des Abfallaufkommens pro EinwohnerIn eines Landes zeigt, dass vor allem die Menschen in Europa, den USA und Japan überproportional viel Müll erzeugen. In Europa sind es pro Kopf 522 kg Abfall. Weltweit wurden im Jahr 2006 aber nur ca. 6,6% der Abfälle recycelt. Führend im Recycling sind Nordamerika, Westeuropa, Japan und Korea und trotzdem bleibt in diesen Regionen auch nach dem Recycling noch mehr Abfall übrig, als in den anderen Regionen der Erde zusammen. In Hamburg sollen nun 100.000 t CO2 pro Jahr durch mehr Wertstoffsammlung eingespart werden. So soll mit dem Ausbau der Mülltrennung und einer besseren Verwertung von Biomüll der CO2-Ausstoß bis zum Jahr 2012 um jährlich 100.000 Tonnen gesenkt werden. Das Recycling einer Tonne Altpapier bedeutet eine Einsparung von etwa 1,5 t CO2 gegenüber der Verbrennung im Restmüll. Selbst der Restmüll kann in modernen Müllverbrennungsanlagen zur Strom- und Fernwärmeerzeugung genutzt werden. Durch die Kompostierung von Bioabfällen werden Nährstoffe wie Stickstoff und Phosphor in den biologischen Kreislauf zurückgeführt. Das Recycling von Altglas spart gegenüber der Produktion von Glas aus Primärrohstoffen 60% Energie. Durch das Recycling von Verpackungen (Kunststoffe, Metalle und Verbundmaterialien) werden bis zu 1kg CO2- pro kg Verpackungsmaterial vermieden.

Artenvielfalt

Die Artenvielfalt ist neben Wasser, Luft und Boden eine wichtige Ressource der Erde. Für funktionierende Ökosysteme ist der Erhalt der Arten entscheidend, denn über die Nahrungskette sind die Lebewesen aufeinander angewiesen. Nach Schätzungen von WissenschaftlerInnen sterben jede Stunde weltweit bis zu drei Arten aus. Durch zunehmende menschliche Eingriffe seit Mitte des 19. Jahrhunderts nimmt die Zahl der einheimischen Pflanzenarten in Mitteleuropa stetig ab. Eine Untersuchung von 819 ausgestorbenen und gefährdeten Farn- und Blütenpflanzen in Deutschland ergab, dass Lebensraumzerstörung und landwirtschaftliche Nutzung die Hauptursachen für den Artenrückgang sind. Aber auch durch Bebauung geht Lebensraum unwiderruflich verloren, was die Artenvielfalt stark gefährdet. Bei den Säugetieren gehörte Deutschland (neben Luxemburg, der Schweiz, Liechtenstein, Österreich, Slowenien, der Tschechischen Republik und der Slowakei) im Jahr 1998 zu den Staaten Europas, in denen 51 bis 75 Prozent der Arten ausgestorben oder gefährdet waren. In allen anderen europäischen Staaten waren die entsprechenden Anteile niedriger. In Hamburg sind Bau- und Veränderungsmaßnahmen, erhöhte landwirtschaftliche Nutzung, veränderte Pflege und Nutzung von Gärten und Grünanlagen und auch das fehlende Naturverständnis der Stadtbevölkerung ursächlich für den Rückgang der Artenvielfalt.

Energie

Energie ist Motor für Entwicklung: Die Produktion von Lebensmitteln, Kochen, Heizen, Arbeiten, Bauen, Kommunikation oder Mobilität sind ohne Energie undenkbar. Dennoch leben heute weltweit etwa zwei Mrd. Menschen ohne Zugang zu einer modernen Energieversorgung. Der Ausbau der Energieversorgung weltweit ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für die Bekämpfung von Armut und zur Verwirklichung der UN-Millenniumsziele. Gleichzeitig müssen entschlossen Maßnahmen ergriffen werden, um den globalen Energieverbrauch zu senken und den Klimawandel aufzuhalten. Kohle und Öl sind

nicht nur klimafeindlich, sie sind zudem auch endlich, so dass der Ausbau erneuerbarer Energien eine maßgebliche Rolle spielt. Dazu zählen insbesondere Wasserkraft, Windenergie, Solarenergie, Erdwärme, durch Gezeiten oder Biomasse erzeugte Energie. Langfristig soll in Deutschland nach Plänen der Bundesregierung die Energiegewinnung aus erneuerbaren Ressourcen steigen: Bis 2050 soll der Anteil bei 60% liegen, um den CO2-Ausstoß bis dahin um 80% zu senken. Dass Atomstrom keine Alternative ist, ist spätestens seit dem Reaktor-Unglück in Fukushima Konsens in Deutschland: Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt Energieerzeugung aus Atomstrom klar ab. VerbraucherInnen können durch einen Stromanbieterwechsel ihren eigenen Beitrag dazu leisten. Zusätzlich muss aber auch der Wirkungsgrad, also das Verhältnis zwischen zur Verfügung stehender und nutzbarer Energie, verbessert werden. Zwar ist in Deutschland der Energieverbrauch der privaten Haushalte rückläufig – trotzdem ist er immer noch zu hoch. So liegt das Potential der Einsparmaßnahmen in Deutschland bei rund einem Drittel des heutigen Verbrauchs. Allein durch die Stand-by-Funktion in elektrischen Geräten werden in Deutschland jährlich über zwanzig Milliarden Kilowattstunden verschwendet - das entspricht der Stromproduktion der vier ältesten deutschen Atomkraftwerke.

Green Economy

„Green Economy“ ist ein Wirtschaftskonzept, das sich an ökologischer Nachhaltigkeit, wirtschaftlicher Profitabilität und sozialer Inklusion orientieren möchte. Der Begriff wird vor allem im internationalen Nachhaltigkeitsdiskurs verwendet und ergänzt dort das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Auf der für 2012 angesetzten Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (UNCSD) in Rio de Janeiro ist die Green Economy ein Leitthema. Im Vordergrund steht dabei eine „grüne“ Wirtschaftsweise, also öffentliche und private Investitionen, welche dazu beitragen, Emissionen zu reduzieren, Energie zu sparen, nachhaltig mit Ressourcen umzugehen und biologische Vielfalt zu schützen und dadurch wachstums- und beschäftigungsfördernd zu sein. Diese Investitionen sollen gefördert werden. Dabei muss sich vor allem städtische Entwicklung u.a. im Hinblick auf Energieverbrauch, Wasserversorgung, Müllentsorgung, Gesundheits- und Umweltschutz ändern, um den Übergang zu einer „green economy“ bewerkstelligen zu können. Denn mehr als 50% der Weltbevölkerung lebt in Städten und ist für 60-80% des Energieverbrauchs und 75 % der Kohlenstoffemissionen verantwortlich.

Klimawandel

Dramatisch verändert sich das Klima. Durch die Erderwärmung kommt es zu extremen Wettererscheinungen wie Trockenheit oder viel Niederschlag, je nach Region. Die Folgen sind verheerend: Orkane, Sturmfluten, Dürrekatastrophen und Verwüstungen sind nur einige Phänomene, die vermehrt auftreten werden. Die intensive Forschung im Klimabereich hat die Erkenntnis bestätigt, dass die zu beobachtende Erderwärmung nicht mehr mit dem normalen Treibhauseffekt erklärt werden kann, der das Leben auf der Erde erst ermöglicht.

Beim Treibhauseffekt passiert die kurzwellige Strahlung der Sonne fast ungehindert die Gase in der Atmosphäre (z.B. Kohlendioxid, Methan und Lachgas), die langwellige Strahlung der Erdoberfläche wird aber teilweise durch die Treibhausgase zurückgehalten. Heute herrschen an der Erdoberfläche Temperaturen von durchschnittlich 15°C. Ohne den Treibhauseffekt wäre es etwa 33°C kälter. Grund für die Erderwärmung ist

aber die moderne Lebensweise in Industriegesellschaften. Die Verbrennung von Kohle, Gas und Öl, die Abholzung von Wäldern und Massentierhaltung verursachen hohe Treibhausgasemissionen. Dieser Zusammenhang ist heute mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bewiesen: Weltweit ist die Durchschnittstemperatur in den letzten 100 Jahren schon um etwa 0,74 Grad Celsius gestiegen, und die UN-KlimaforscherInnen halten einen Temperaturanstieg um bis zu 6,4 Grad Celsius bis 2100 für möglich, was verheerende Folgen hätte. Zwar kamen Klimaschwankungen in der Erdgeschichte immer wieder vor, in der Regel schwankte das Klima einer Region aber so langsam, dass Tiere und Pflanzen genug Zeit hatten, sich daran anzupassen. Im Gegensatz zum Wetter ist das Klima über längere Zeiträume hinweg ziemlich konstant. Neu ist die rasante Erwärmung im vergangenen Jahrhundert und die rapide Zunahme von Treibhausgasen (wie Kohlenstoffdioxid oder Methan) in der Erdatmosphäre in den letzten hundert Jahren. Nicht nur Länder des Südens sind von der Veränderung bedroht auch küstennahe Städte wie Hamburg sind durch den Anstieg des Meeresspiegels auf lange Sicht in ihrer Existenz bedroht. Der Klimawandel kann zwar nicht mehr aufgehalten, aber durch koordiniertes globales und lokales Handeln abgeschwächt werden.

Klimawandel und Dritte Welt

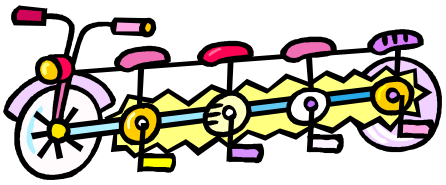
Drei Fünftel der globalen CO2-Emissionen werden heute in Industriegesellschaften ausgestoßen. Auch wenn diese Staaten besonders zur globalen Klimaveränderung beitragen, sind ärmere Länder als Erste betroffen. Der Anstieg des Meeresspiegels um mehrere Meter, Wasserknappheit, Ernteausfälle und Dürreperioden oder Fluten treffen viele Menschen in ihrer Existenz. Derzeit sind nach Schätzungen der FAO über 925 Mio. Menschen unterernährt. Gelingt es nicht, den Klimawandel zu bremsen sind allein aufgrund des Klimawandels weitere 600 Millionen Menschen weltweit von Unterernährung bedroht. Für voraussichtlich weitere 1,8 Milliarden Menschen wird Wasser knapp werden, da der Klimawandel in vielen Regionen der Welt bestehende Wasserknappheit verschärft, die Wasserqualität beeinträchtigt oder die Häufigkeit, Dauer und Intensität von Überschwemmungen und Dürreperioden erhöht. Die Berechnung des ökologischen Fußabdrucks eines Landes zeigt, dass sich etwas drastisch ändern muss. Der ökologische Fußabdruck wurde als Nachhaltigkeitsindikator entwickelt. Die Oberfläche der Erde beträgt etwa 51 Mrd. Hektar. Dabei kann nicht die gesamte Fläche für die Menschen genutzt werden. Hierzu gehören Meere, Eis, Sandwüsten und unfruchtbares Land. So sind etwa 8,3 Mrd. Hektar „produktive Landfläche“ für die Berechnung des Ökologischen Fußabdrucks relevant. Diese 8,3 Mrd. Hektar werden unter allen Menschen gleichmäßig aufgeteilt und eine Fläche für den Erhalt der biologischen Vielfalt addiert, so dass jeder Person 1,78 Hektar zur Verfügung stehen. Für den deutschen Fußabdruck gilt: Wenn alle Menschen so leben würden wie wir, bräuchten wir 2,8 Erden, denn der deutsche Fußabdruck ist 5,09 Hektar groß.

Konsum

Eine Welt ohne Konsum ist nicht vorstellbar. Denn schon mit dem 18. Jahrhundert beginnt auch die Entwicklung der Konsumgesellschaft, nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt sich der Konsum zum Massenkonsum. In Deutschland stiegen die Konsumausgaben der privaten Haushalte zwischen 1991 und 2001 (preisbereinigt) um rund 17 % und gingen danach leicht zurück. 2007 lagen sie wieder knapp über dem Niveau des Jahres 2001. Was wenige dabei wissen ist, dass rund 80% der Konsumentscheidungen von Frauen getroffen werden. Zwar gibt es seit den 70er Jahren eine ökologische Bewegung, die Konsum kritisch sieht oder nachhaltigen Konsum fördert und bewusst umwelt- und sozialverträglichen Produkte nachfragt. Am Beispiel des CO2-Ausstoßes lässt sich aber zeigen, dass global sehr große Unterschiede im Konsumniveau bestehen und nachhaltiger Konsum immer noch nicht ernsthaft betrieben wird: So beträgt laut Bundesumweltamt der deutsche CO2-Ausstoß pro Kopf fast zweieinhalbmal soviel wie der Weltdurchschnitt und erreicht den zehnfachen Wert von Indien. Die Bereiche Bauen & Wohnen, Mobilität und Ernährung sind für 70 bis 80 % der Umweltfolgen des Konsums verantwortlich. Auch der Nahrungsmittelsektor ist eine Herausforderungen: Rund 800 Millionen Menschen hungern und weitere 800 Millionen leiden an Unterernährung oder Fehlernährung. Deswegen muss auch das persönliche Konsumverhalten überdacht werden. So wird durch die Herstellung von Biosprit aus Getreide das Auto zum Konkurrenten um Nahrungsmittel, Spekulationen mit Agrarrohstoffen schüren Hungersnöte. Auch der hohe Fleischkonsum verringert Nahrungsmittelsicherheit, weil zur Produktion einer tierischen Kalorie je nach Tierart fünf bis 30 pflanzliche Kalorien verfüttert wird.

Mobilität

Die letzten hundert Jahre waren von einer „Mobilitätsexplosion“ gekennzeichnet. Angesichts der weltweit steigenden Bevölkerungszahlen und des wachsenden Wohlstandes wird mit einer Vervierfachung der Mobilität in den nächsten 40 Jahren weltweit gerechnet. Mobilität ist notwendig, um den Lebensstandard zu erhöhen, gerade auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern. In Deutschland legt jede Person pro Jahr im Schnitt 12.000 Kilometer mit dem Auto zurück, zusätzlich kommen noch Flugkilometer hinzu. Der Verkehrsbereich hat mittlerweile einen Anteil von ca. 20% an den CO2-Emissionen in Deutschland. Insbesondere vor dem Hintergrund der stark wachsenden Verkehrsleistungen stellen die Umweltwirkungen des Verkehrs eine große Herausforderung auf allen Ebenen dar. Durch nachhaltige Konzepte muss gewährleistet werden, dass Mobilität und Güterversorgung erhalten bleiben, ohne Mensch und Umwelt übermäßig zu belasten. Dabei ist Mobilität nicht mit Verkehr identisch. Dasselbe Mobilitätsniveau kann durch eine Umsteuerung erreicht werden. Eine wichtige Option ist dabei der öffentliche Personen- und Nahverkehr. In Hamburg ist das Verkehrsnetz sehr dicht. In der Regel liegt die nächste Haltestelle maximal 300 Meter entfernt. Die Hamburger S-Bahn fährt seit 2010 ausschließlich mit Öko-Strom aus deutschen Wasserkraftwerken.



Nachhaltige Entwicklung

Unter nachhaltiger Entwicklung versteht man nach gängiger Definition eine „Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“. Nachhaltige Entwicklung umfasst drei Komponenten, nämlich die ökonomische, die soziale und die ökologische Dimension, die alle ausreichend berücksichtigt werden müssen. Auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 wurde erstmals ein Aktionsprogramm, die Agenda 21, von mehr als 170 Staaten verabschiedet. Eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist es, die Nutzung von Ressourcen ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltig zu gestalten. Eine Möglichkeit nachhaltiger Entwicklung ist der effizientere Einsatz von Materialien, Wasser und Energie ebenso wie die sparsame Nutzung von Flächen. Ressourceneffizienz stößt aber auch an Grenzen, so dass Ressourcenschonung auch ein gewichtiges Thema ist. Auch in Hamburg sind viele Projekte eng mit nachhaltiger Entwicklung verknüpft und müssen unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden: Sei es bei der Raumplanung und Stadtentwicklung, beim Hafenausbau, bei Mobilitätsfragen oder der Energieversorgung, denn: „Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung. Sie haben das Recht auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur“ (erster Grundsatz der Rio-Deklaration 1992).

Umweltschutz

Seit Beginn der Industrialisierung greift der Mensch empfindlich in seine Umwelt ein. Dabei sind umweltpolitische Herausforderungen wie Erderwärmung, Bodenverschmutzung, Luftverschmutzung, Smog, saurer Regen, Müll, Artensterben oder Waldsterben globaler oder regionaler Natur. Eine Vielzahl von Umweltproblemen führt nicht nur zur Verschmutzung der Erde, sondern verschärft Hunger und Armut: Einem knappen Fünftel der weltweiten Bevölkerung fehlt der Zugang zu sauberem Trinkwasser und mehr als einem Drittel mangelt es an sanitären Einrichtungen. Umgekehrt nötigen Verelendung, Hunger und Armut die Menschen oft zu ökologisch nachteiligen Verhaltensweisen, z.B. wenn Urwälder gerodet werden, um Ackerfläche und Brennholz zu gewinnen. Nach einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation WHO leiden Menschen in ärmeren Ländern besonders stark unter schädlichen Umwelteinflüssen. So seien in 23 ärmeren Ländern der Welt 10 % aller Todesfälle auf nur zwei Umweltrisiken zurückzuführen: Verseuchtes Wasser einschließlich mangelnder Sanitärhygiene sowie verschmutzte Luft durch Herdfeuer im Haus. Am stärksten litten weltweit Kinder unter fünf Jahren, auf sie entfielen allein 74 % aller Todesfälle wegen Durchfall- und Atemwegerkrankungen. Aber auch in Europa leiden Menschen immer mehr an umweltbedingten Symptomen wie Asthma, Allergien, chronische Kopfschmerzen oder Müdigkeit. In Großstädten ist die Gesundheitsbelastung durch Feinstaub, Lärm oder Abgase besonders hoch. Seit 2005 gibt es in Deutschland einen gesetzlichen Grenzwert für Feinstaub in der Luft: Der Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter darf höchstens 35mal im Jahr überschritten werden. An Orten mit hohem Verkehrsaufkommen ist es möglich, dass dieser Tagesmittelwert häufiger überschritten wird. Dies war auch in Hamburg in den vergangenen Jahren der Fall.

Umweltverträglicher Handel

Dass ein Joghurtbecher zwischen Produktion und „Gegessenwerden“ mehr als 9000 Transportkilometer zurücklegt, dürfte vielen mittlerweile bekannt sein. Stark zunehmender internationaler Handel und der Transport von unvorstellbar vielen Tonnen von Gütern ist einer der Hauptgründe für den hohen CO2-Ausstoß und damit zweifellos umweltschädlich. Dabei kann bewusster Konsum und ökologischer Handel einen wichtigen Beitrag zu Klimaschutz leisten. In Hamburg kann viel Gemüse und Obst aus der Region bezogen werden. Bei Produkten aus Übersee wie Kaffee, Schokolade, Zucker oder Reis gibt es mittlerweile anerkannte Siegel, die soziale und umweltverträgliche Produkte kennzeichnen. So zeichnet das Trans-Fair-Siegel Produkte aus, die nach Fairtrade-Standards gehandelt wurden. Dazu gehören die Zahlung eines garantierten Mindestpreises, der nicht nur die Produktionskosten deckt, sondern zugleich soziale Projekte und Umweltschutz unterstützt. Verboten sind Kinderarbeit und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen. Gefordert werden nachhaltiges und umweltschonendes Wirtschaften. Umweltgerechte Produktion schützt die Gesundheit der VerbraucherInnen und ProduzentInnen und schützt auch die Natur.

UN- Konferenzen zu Umweltschutz

Umweltschutz ist eine globale Aufgabe. Die Vereinten Nationen haben zu diesem Zweck das Umweltprogramm (UNEP) eingerichtet. Zudem finden regelmäßig UN-Umweltkonferenzen statt. Die wichtigsten waren bisher:

1972 Stockholm: Konferenz über die menschliche Umwelt
1992 Rio de Janeiro: Verabschiedung der Agenda 21
1997 Kyoto: Verabschiedung des Kyotoprotokolls, läuft 2012 aus
2002 Johannesburg: Aktionsplan für nachhaltige Entwicklung
2007 Bali: Verhandlungen über neues Klimaschutzabkommen
2009 Kopenhagen: Unverbindlicher Minimalkonsens
2010 Cancún: Verbindliche Maßnahmen zum Klimaschutz
2012 Rio de Janeiro: Über Green Economy und nachhaltige Entwicklung

Das dringlichste Ziel der Konferenzen ist es, eine Nachfolgeregelung für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu entwickeln, welches das einzige völkerrechtlich verbindliche Instrument zur Reduzierung von Treibhausgasen ist. Auf der 16. UN-Klimakonferenz (COP 16), in Cancún 2010, sollte der in Kopenhagen gescheiterte Versuch fortgesetzt werden, ein rechtlich verbindliches Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu beschließen. Der Gipfel endete mit dem Minimalziel, das Kyoto-Protokoll bis 2012 fortzusetzen. Beschlossen wurden außerdem ein Waldschutzprogramm sowie ein Hilfsfonds für Entwicklungsländer.

Wald

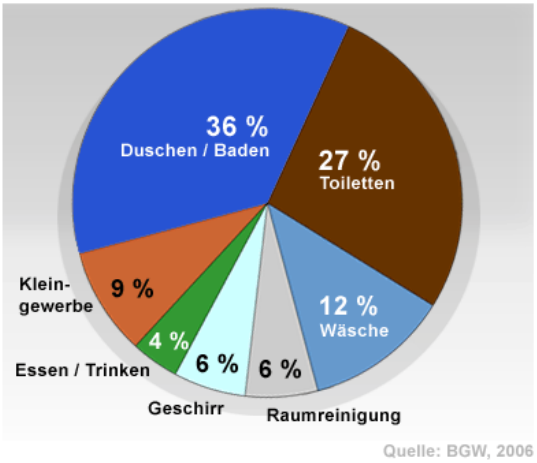
Nahezu ein Drittel der Fläche Deutschlands ist waldbestanden. Aber der Wald ist mehr als ein Reservoir von Holz für Energiegewinnung oder Rohstoff. Er hat eine ökologische Ausgleichsfunktion, reguliert den Wasserhaushalt, dient dem Boden- und Klimaschutz. Seit der öffentlichen Debatte über ein mögliches Waldsterben seit den 1980er-Jahren ist der Wald ein bedeutendes Umweltthema geworden. Ökologisch wertvoll ist der Wald besonders, weil er CO2 bindet und

damit einen beträchtlichen Beitrag zur Verminderung des Treibhauseffektes leistet und Schadstoffe so in Rohstoffe verwandelt werden. In Hamburg gibt es 4700 Hektar (ha) Wald, davon sind 3400 ha im Eigentum der Stadt. Weitere 1600 ha Wald besitzt Hamburg zudem in Randlagen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Wasser

Der Zugang zu Trinkwasser als öffentliches Gut bestimmt die sozio-ökonomische Entwicklung eines Staates. Wasser ist überlebenswichtig für jede Volkswirtschaft und deshalb auch für das allgemeine Existenzniveau. Verteilungskonflikte um Wasser werden mit wachsender Erdbevölkerung, globaler Erwärmung und zunehmender Verschmutzung drastisch zunehmen, denn lediglich 2,5 % des weltweiten Wasservorkommens sind Süßwasser und nur etwa 1 % davon ist für den Menschen nutzbar. Dabei sind die Süßwasservorkommen sehr ungleich verteilt. Vor allem aus klimatischen Gründen gibt es Wasserüberschuss- und Wassermangelgebiete. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat das Recht auf sauberes Wasser Ende Juli 2010 zu einem Menschenrecht erklärt. Sie äußerte in der Resolution ihre Sorge darüber, dass derzeit fast 900 Millionen Menschen auf der Erde keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Mehr als 2,6 Milliarden Menschen weltweit fehle es an sanitären Anlagen. Hier liegt auch der Grund für zahlreiche Krankheiten bzw. Todesfälle in Verbindung mit Wassermangel und der Nutzung verschmutzten Wassers. Der ungehinderte Zugang zu sauberem Trinkwasser und einer entsprechend hygienisch unbeeinträchtigten Abwasserentsorgung sind sicherlich die wichtigsten Grundvoraussetzungen zur Bewältigung von Wasserkonflikten. Zwar wird Hamburg mit qualitativ hochwertigem Wasser versorgt. Es genügt aber ein Blick ins europäische Ausland (z.B. nach Spanien), der zeigt, dass Wasserknappheit ein ernsthaftes Problem ist. Wichtig ist deshalb ein reflektierter und bewusster Umgang mit dem knappen Gut. Dazu gehört auch, Trinkwasserversorgung als öffentliches Gut in öffentlicher Hand zu halten. Der Wasserverbrauch in Hamburg lag im Jahr 2010 bei 108 Liter täglich pro EinwohnerIn. Das sind also insgesamt etwa 221.400.000 Liter für den privaten Gebrauch der ganzen Stadt täglich. Das meiste Wasser (36%) wird beim Duschen und Baden verbraucht beziehungsweise in der Toilettenspülung (27%).

Trinkwasserverwendung im Haushalt in Prozent



Wohnen und Stadtentwicklung

Weltweit werden Städte immer größer und immer mehr Menschen ziehen in die Stadt. Seit 2008 wohnen mehr Menschen in der Stadt als auf dem Land, während 1950 noch 70% auf dem Land lebten. Nach Schätzungen der UN werden bis zum Jahr 2050 über 70% der Menschen weltweit in Städten leben. Am stärksten wird sich die Urbanisierung in Entwicklungsländern vollziehen. Von daher brauchen Städte immer mehr Häuser und immer mehr Straßen sowie eine öffentliche Infrastruktur.

In Deutschland leben über 90% der Bevölkerung in Städten. In Hamburg leben etwa 1,8 Mio. Personen in über 970.000 Haushalten. Es gibt eine zunehmende Anzahl an Haushalten, zunehmend auch Ein-Personen-Haushalte. Das Statistik-Amt Nord rechnet mit einem Bevölkerungsanstieg in Hamburg, da die Zahl der Fortzüge ins Umland sinkt, die Zahl der

Zuzüge aus dem Umland steigt. Diese Entwicklung führt zu einer besonders hohen Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt. Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Zahl der Baufertigstellungen rückläufig und stagniert auf niedrigem Niveau, so dass steigende Miet- und Kaufpreise die Folge sind – trotz hohen Leerstands. Im Vergleich von Großstädten liegt Hamburg bei der Höhe der Mieten wie auch bei den Preisen bei Wohnungen direkt hinter München und Stuttgart, da die Mieten seit 1991 regelmäßig gestiegen sind.

Links zum Thema Gender und Nachhaltigkeit

Hamburg
http://umwelthauptstadt.hamburg.de/
http://www.hamburg.de/contentblob/135132/data/fachfrauen-planungsempfehlungen.pdf

Nichtregierungsorganisationen
http://www.life-online.de/
http://www.genanet.de
http://www.gendercc.net/
http://www.wupperinst.org/
http://bund-hamburg.bund.net/#

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)
http://www.unep.org/gender_env/

Gender und Klima
http://www.fao.org/gender/gender-home/gender-why/why-gender/en/ (englisch)
http://library.fes.de/pdf-files/iez/05282.pdf
www.genanet.de/klima.html

Nachhaltigkeit
http://www.summerschool.harriet-taylor-mill.de/2005/bilder/download/Thementag_Markt_Konsum_und_Nachhaltigkeit_%28Vortrag_Weller%29.pdf

Mobilität
http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz/sachgebiete/verkehr/aspekte
http://www.genanet.de/index.php?id=1414&L=0&no_cache=1&file=72&uid=3122

Energie
http://www.genanet.de/index.php?id=1414&L=0&no_cache=1&file=75&uid=3122
http://www.wuppertinst.org/uploades/tx_wibeitrag/anhang5.pdf

Biodiversität
http://www.genanet.de/index.php?id=1414&L=0&no_cache=1&file=80&uid=3122

Ulrike Riedel

Mobilität und Nachhaltigkeit

Vorstand der Hamburger Hochbahn AG

Die Veränderungen in der Gesellschaft in den letzten Jahrtausenden waren immer eng verbunden mit einem Wandel im Mobilitätsverhalten. Die Möglichkeit, durch die Bewegung von einem Ort zu einem anderen den Horizont und die Perspektive zu verändern und damit in der Regel auch zu erweitern, ist ein wesentlicher Baustein in der Entwicklung des Individuums und der Gesellschaft. So wäre z.B. die Industrialisierung der Gesellschaft, die in der Globalisierung der letzten Jahrzehnte gipfelte, ohne einen Ausbau und eine Beschleunigung der Verkehrsnetze nicht denkbar gewesen. Der Bau der Eisenbahnlinien, die Industrialisierung der Schifffahrt und schließlich die Erschließung des Luftraums haben die wirtschaftliche Entwicklung Europas nachhaltig geprägt. Gleichzeitig mit dem Ausbau der Wege und damit einer deutlichen Kostenreduzierung der Mobilität waren auch die Aufklärung und die Freiheit des Individuums und der Gesellschaft verbunden. Die Freiheit, andere Orte aufzusuchen und Dinge selbst in Augenschein nehmen zu können, gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Wie wichtig die heute selbstverständliche Mobilität gerade für Frauen ist, zeigt sich bei einem Blick in die Vergangenheit, in der im klassischen Rollenmodell die Frau „ans Haus gebunden“ war. Durch diese Einschränkung des physischen Bewegungsraums war gleichzeitig eine Kontrolle der Aktivitäten aber auch des Geistes möglich. Denn eine eigene Meinungsbildung ohne Anregungen der Außenwelt ist kaum möglich. Dementsprechend ist auch das Mobilitätsverhalten der Geschlechter eng mit dem Rollenverständnis einer Gesellschaft verknüpft. So vielfältig die Rolle der Frau in unserer heutigen Gesellschaft ist, so vielfältig ist dabei auch ihr Mobilitätsverhalten. Forschung und Lehre der Verkehrsplanung orientieren sich heute aber nach wie vor überwiegend an dem klassischen Modell der Vergangenheit, in dem der Vollzeit erwerbstätige männliche Berufspendler das Leitbild der Verkehrsplanung darstellt. Mobilitätsmuster und –anforderungen der Versorgung und Betreuung werden von der Verkehrsplanung nicht ausreichend berücksichtigt, dabei sind sie doch für Nachhaltigkeitskonzepte zur Reduzierung von Automobilität zentral.

© Dieter Schütz, pixlio.de

Da diese Aufgaben nach wie vor überwiegend von Frauen wahrgenommen werden, sind in so einer Planungs-Welt also heute wesentliche Rollen der Frau in der Gesellschaft nach wie vor nicht abgebildet. Mit dem steigenden Wohlstand der Gesellschaft in den letzten 50 Jahren sowie der Emanzipierung der Frau hat sich auch das Mobilitätsverhalten verändert. Die Generation der Frauen, bei der es nicht selbstverständlich war, einen Führerschein zu haben, ist heute in der Gesellschaft kaum noch präsent.

Die Einschränkungen im mobilen Individualverkehr ergeben sich damit heute nicht mehr aus dem klassischen Rollenmodell, sondern überwiegend aus finanziellen oder ökologischen Grundlagen. Bei dieser Entwicklung belegen Studien jedoch ein grundsätzlich anderes Verhältnis von Frauen zur Mobilität und zu den genutzten Verkehrsmitteln. Die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Nutzungsmuster der Verkehrsmittel resultieren aus der geschlechtlichen Arbeitsteilung und den mit ihr verbundenen finanziellen, beruflichen und sozialen Verhältnissen.

Dokumentiert werden diese Unterschiede in erster Linie durch die unterschiedlichen Wegeketten von Männern und Frauen. Frauen legen im Alltag eine größere Anzahl von Wegen und, durch die Verknüpfung einer Vielzahl von Aktivitäten und Wegen, komplexere Wegeketten zurück. Hierbei verbinden Frauen die aufgrund der vielfältigen Rollen ebenso vielfältigen Ansprüche an ihre Präsenz und Begleitung in ihrer Wegeplanung. Die Begleitung der Kinder zur Kita oder Schule, der Weg zur Arbeit, der Einkauf, Sport, Freunde und Familie sind einzelne Schritte, die sie möglichst zeiteffizient miteinander verbinden müssen. Frauen mit Kindern legen dabei die meisten Wege pro Tag zurück (3,29 Fahrten/Wege pro Tag). Auch insgesamt legen Frauen mit 2,89 Fahrten/Weg pro Tag mehr Wege/Fahrten pro Tag zurück als Männer mit 2,84. Mobilität spielt also für Frauen eine größere Rolle im Alltag als für Männer, wenn sie in der Familie mehrere Rollen einnehmen. Wird das steigende Mobilitätsbedürfnis anderer Familienmitglieder noch mit den beruflichen und individuellen Anforderungen verknüpft, wird die Frage einer intelligenten Kombination von Wegen zu einer entscheidenden Frage in der Bewältigung des Alltags. In der Gestaltung ihrer Mobilität sind Frauen flexibler und nachhaltiger als Männer. Das müssen sie auch sein, denn Frauen haben aufgrund geringerer durchschnittlicher Nettoverdienste eingeschränktere Möglichkeiten bei der Gestaltung ihrer Mobilität. Aber auch wenn die Gestaltungsfreiheit da ist, zeigen sich Frauen umweltbewusster und kostengünstiger in ihrem Verhalten. Frauen legen 43% ihrer Alltagswege mit Bahn, Bus, dem Fahrrad und zu Fuß zurück, Männer hingegen nur 31%. Dahinter steht häufig auch eine bewusste Entscheidung. Bei 70% der Fahrten von Frauen im öffentlichen Verkehr besteht auch eine Alternative, Männer nutzen den ÖPV nur zu 50% wenn eine Alternative existiert.

Frauen haben ihre eigene Haltung zur Mobilität entwickelt: Weg vom Statussymbol eines Autos hin zu einer pragmatischen, effizienten, kostenbewussten und nachhaltigen Abdeckung eines Grundbedürfnisses. Damit stehen Frauen für einen Trend, den Zukunftsforscher in der Mobilität sehen und in der Generation der unter 30 Jährigen bereits heute feststellen. Die zunehmende Digitalisierung der Welt und der Gesellschaft stellen die Frage der Verfügbarkeit vor die Frage des Besitzes. In einer Wohlstandsgesellschaft könnte sich damit der notwendige Wechsel von „immer mehr haben“ zu „haben wenn ich brauche“ vollziehen. Die digitale Vernetzung ermöglicht eine sofortige Überprüfung wann die nächste Bahn fährt, wo das nächste Mietfahrrad oder -auto zur Verfügung steht und wo es wieder abgegeben werden kann. Zeit, Effizienz und Nachhaltigkeit werden dabei die wichtigsten Entscheidungsfaktoren. Stellt man diesen Trend in ein Verhältnis zu den heute bekannten Mobilitätsanforderungen der Frauen, so zeigt sich ein dringend notwendiger „female shift“ im Mobilitätsbereich, denn die Anforderungen der Zukunft sind letztendlich die Anforderungen der Frauen.

Angela Hansen

Nachhaltige Stadtplanung und Gender

Sprecherin der Fachfrauen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Geschichte der europäischen Stadt wurde über Jahrhunderte vorwiegend von Männern geschrieben. Männer als Planer, Architekten, Bauherren und Handwerker haben die Stadtentwicklung maßgeblich geprägt und tun es heute noch. Aber! Frauen stellen mehr als die Hälfte der Bevölkerung und einen überproportionalen Anteil der älteren Menschen in der Stadt. Frauen müssen besonders häufig Beruf und Familie miteinander vereinbaren.

Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Erholung im Grünen und Kulturangebote müssen für sie über kurze, barrierefreie, gut organisierbare und sichere Wege erreichbar sein. Frauen erledigen noch immer den überwiegenden Teil der Hausarbeit, der alltäglichen Versorgungsaufgaben sowie der Kinderpflege und der Pflege bedürftiger Menschen. Deshalb verbringen Frauen mehr Lebenszeit in Wohnungen und Wohnquartieren als Männer. Sie brauchen dort Möglichkeiten für soziale und kulturelle Kontakte. Dazu gehören auch attraktive wohnungsnahe Freiräume. Die vorgenannten Erläuterungen machen deutlich, dass Stadtentwicklung verstärkt auch unter einem besonderen weiblichen Blickwinkel zu betrachten ist und diese Erkenntnisse in die Planung Eingang finden müssen. Eine nachhaltige Stadtentwicklung ist nur tragfähig, wenn optimale Lösungen für alle Bürgerinnen und Bürger einer Stadt entwickelt und umgesetzt werden. Vom weiblichen Blickwinkel profitieren auch die Männer. Die Folge einer geschlechtergerechten Planung sind sowohl eine Steigerung der Identifikation der Bewohnenden
eines Gebäudes, eines Quartiers mit ihrem Lebensumfeld oder einer Stadt als auch ökonomische Einsparungseffekte und geringere Nachsteuerungsbedarfe.
Wichtig für eine nachhaltige Stadtentwicklung ist deshalb, keine Fachplanung isoliert zu betrachten, sondern immer die Wohnung, das Haus, das nähere Wohnumfeld, das Quartier mit seiner Infrastruktur, seinen Wegeverbindungen, Plätzen, Grünanlagen, Wasser, Sport- und Spielanlagen mit in den Fokus zu nehmen. Die Auswirkungen der Planung auf Frauen und Männer ist seit Juli 2004 als Belang in der Abwägung von Bauleitplänen mit zu berücksichtigen (vgl. § 1 Abs. (6) Nr. 3 BauGB).

Am Beispiel von Bebauungsplänen kann verdeutlicht werden, wie die Anforderungen frühzeitig optimiert werden können. Standortbezogen sollten beispielsweise für eine frauen- und somit auch familiengerechte Stadt Kriterien wie die Verträglichkeit der verschiedenen Nutzungen, die Geschossigkeit, Abstandsflächen, Ausrichtung der Gebäude, Wegeführung, ÖPNV-Anschluss, Stellplatzproblematik, Infrastruktureinrichtungen etc. Beachtung finden.

Alexandra Czerner
Wohnen und Gender
Hamburger Architektin und Stadtplanerin

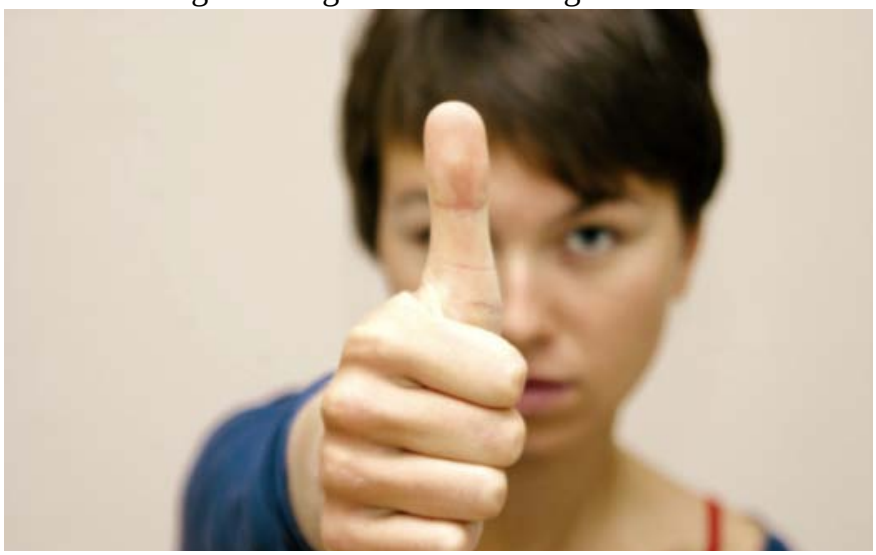
© http://www.naturetecture.de/

Wenn explizit nach Frauen im Zusammenhang mit dem nachhaltigen Wohnen gefragt wird, ist damit schon einmal unterstellt, dass es eine Unterscheidung zu Männern gibt, sonst wäre die Frage anders. Nachhaltigkeit und Wohnen hat diverse Aspekte: Alternative Energien, Ökologische Kreisläufe, Naturschutz. Achten Frauen nachhaltiger auf den Umweltschutz und die Klimaaspekte im eigenen Einflussbereich des Wohnens? Das wäre interessant statistisch zu untersuchen. Weniger Gewalt und Aggression gehen von Frauen statistisch beweisbar auf jeden Fall aus, was sicher wichtig für nachhaltiges Wohnen ist, besonders an Problemstandorten. Wo sind weitere bedeutende nachhaltige Wohn-Stärken von Frauen? Nachhaltigkeit im urbanen Wohn-Umfeld benötigt zwischenmenschliche Energieflüsse. Schwer messbar und doch lebenswichtig. Die Kinderfrage betrifft die Geschlechter unterschiedlich stark in der Lebensgestaltung.

Das sich altruistische Kümmern um Andere, um Hilfsbedürftige, um Alte, unentgeltliche Tätigkeiten prägen das Energiefeld nachhaltiger Frauenleistungen im Wohnquartier. Die Frauen produzieren die Masse der nachhaltigen Energie, die notwendig ist für das Funktionieren der freien, zwischenmenschlichen Systeme in Wohnquartieren. Je dichter die Bebauung ist, je mehr Kommunikation und Nachbarschaftshilfe notwendig sind, desto mehr liegt die Masse des emotional nachhaltigen Wohnquartier-Engagements bei Frauen. Prozentual gesehen so eindeutig, kann man die Nachhaltigkeit der Frauen gar nicht genug würdigen, auch wenn nur Dank eigentlich zu wenig ist für das was geleistet wird. Wo „Not am Mann ist“ helfen in der Mehrzahl Frauen. Angefangen mit gegenseitigen Kinderbetreuungshilfeleistungen neben, vor und nach den offiziellen Kindergarten- und Schulzeiten, ohne die viele Lebensmodelle nicht funktionieren würden. Wer hilft, wenn das Kind krank ist und man sich nicht schon wieder im Job krank melden kann?! Das Wohnquartier selbst kann mit eigener baukünstlerischer Qualität emotional nachhaltig die Atmosphäre des Wohnens unterstützen und befördern. Die Problematik der emotionalen Nachhaltigkeit im Wohnumfeld wird aber leider nur öffentlich diskutiert, wenn sie nicht funktioniert. Dass die Vereinzelung des Menschen in den Städten zusammen mit der hohen Trennungsrate längst größte Unsicherheit produziert hat, ist am Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte abzulesen. Emotional nachhaltige Planungen von Wohnquartieren, nachhaltiges Engagement im Quartier und die Unterstützung und Würdigung dieser Engagements könnten weiterhelfen - und das äußerst nachhaltig.

Silke Schwartau und Freya Schulz
Nachhaltigkeit und Konsum
Verbraucherzentrale Hamburg

Wenn Konsumenten wüssten, unter welchen Bedingungen Kakao, ein billiges T-Shirt oder preiswertes Hähnchenfilet aus dem Supermarkt produziert werden, würden sie diese Produkte vermutlich nicht kaufen. Und ob eine spanische Tomate unter sozial und ökologisch akzeptablen Bedingungen hergestellt wurde, kann man beim Einkaufen ebenfalls nicht erkennen. Die mit der Produktion verbundenen Umweltschäden, Kinderarbeit oder das Leid von Tieren stehen nicht auf dem Etikett. Diese Transparenz fehlt bei der Kennzeichnung.
Jedes Produkt hat ein *zweites, unsichtbares Preisschild*. Wie sehr belastet die Produktion die Umwelt, wie sozial sind die Arbeitsbedingungen, werden knappe Ressourcen wie Trinkwasser verschwendet? Diesen „zweiten“ Preis zahlen die Käufer nicht, aber immer mehr KonsumentInnen interessieren sich für diese Hintergründe. Wer konkret nach Informationen zu Herstellungs- oder Produktionsbedingungen sucht, dem stehen einige gute alltagstaugliche Instrumente zur Verfügung, z.B. der Blaue Engel, ein Siegel für umweltverträgliche und ressourcenschonende Produkte, das MSC-Label für nachhaltig gefangene Fische, das Bio-Siegel für ökologisch angebaute Lebensmittel, der Hinweis „ohne Gentechnik“, das europäische Umweltzeichen oder das Fair-Trade-Logo für gerechte Arbeitsbedingungen. Auch für faire und ökologisch hergestellte Kleidung entwickelt sich seit Jahren eine stetig wachsende Nachfrage. In Hamburg gibt es die kleinen Labels Recolution und fairliebt, die sich an steigender Beliebtheit erfreuen.


© Photocase

Doch bei allen Labeln gehört ein großer Aufwand an Informationssuche dazu und nicht immer wird es engagierten Verbrauchern leicht gemacht, die gewünschten Informationen zu bekommen. Im Bereich der Haushaltsgeräte ist z.B. die Kategorisierung in Energieeffizienzklassen üblich, jedoch ist die derzeitige Methode nicht eindeutig. Die Kennzeichnung reicht von G, hohem Energieverbrauch, bis hin zu A, niedrigem Energieverbrauch, wobei 2003 bzw. 2010 die zusätzlichen Klassen A+, A++ und A+++ eingeführt wurden. So entsteht der Eindruck, ein Gerät der Energieeffizienzklasse A sei energiesparend, obwohl ein Gerät mit der Kennzeichnung A++ wiederum sogar nur die Hälfte der Energie des vergleichbaren A-klassifizierten Gerätes verbraucht.
Bei der Bewirtschaftung und Nutzung von natürlichen Ressourcen spielen die Frauen eine besondere Rolle, z.B. beim Einkauf von Lebensmitteln oder bei der Versorgung der Kinder. Auch die pädagogische Betreuung bis zum Alter von 10 Jahren ist heute immer noch hauptsächlich in der Regie von Frauen. 98 Prozent der ErzieherInnen in deutschen Kindergärten und 85 Prozent der GrundschullehrerInnen sind weiblich. Beim Heranführen der neuen Generation an das Thema Nachhaltigkeit sind Frauen folglich die zentralen

Multiplikatoren. Daran ist ablesbar, welch großes Potential darin liegt, das in der Bevölkerung vorhandene weibliche Engagement zu nutzen, um über diesen Weg junge Menschen von Beginn an zu sensibilisieren.
Hier muss der Appell an alle öffentlichen Institutionen und die Unternehmen gehen, damit diese den Weg nach oben für Frauen ebnen und ihre Produkte so kennzeichnen, dass nachhaltiges Verhalten auch möglich ist. Bei den Entscheidungsprozessen für mehr Nachhaltigkeit auf politischer oder gesellschaftlicher Ebene ist die Rolle der Frau jedoch häufig noch unterrepräsentiert, insbesondere in Führungspositionen.
Doch neben den Siegeln für nachhaltigen Konsum gibt es oft berechtigte Zweifel an angeblich nachhaltigen Produkten. Nachhaltigkeit verkauft sich zurzeit sehr gut und viele Anbieter springen auf diesen Zug auf, ohne sich sozial verantwortlicher oder umweltfreundlicher als andere zu verhalten. Unseriöse, selbst kreierte Auslobungen, „Greenwashing“ und Pseudo-Nachhaltigkeitslabel sind die andere Seite der Medaille. Werbeaussagen zur Natürlichkeit z.B. bei Kosmetika oder zur regionalen Herkunft bei Lebensmitteln, sind häufig schlichtweg falsch.
Hier wird bewusst irregeführt, um den KonsumentInnen mit der „Nachhaltigkeitsmasche“ ein paar Euro mehr aus der Tasche zu ziehen. So enthält ein „Bio-Shampoo“ nur 1% eines biologisch erzeugten Stoffes oder eine „Kokoscreme“ nur ein paar Tropfen Kokosaroma. Auch Kekse mit einem Anteil von 20% Kakao aus fairem Handel verdienen kein „Trans Fair-Logo“ auf der Schauseite, wenn 80 % der Zutaten nicht aus fairer Produktion stammen. Verbraucher benötigen glaubwürdige, leicht zugängliche und leicht zu verstehende Informationen und keine irreführende Werbung. Das „zweite Preisschild“ muss transparent werden, weil es KonsumentInnen, die bereits über die Folgen ihres Kaufverhaltens nachdenken, sehr am Herzen liegt, dass die Umwelt entlastet wird, die lokale Wirtschaft unterstützt und faire Arbeitsbedingungen ausgebaut werden. Sie möchten mit ihrem Einkaufszettel Politik machen, aber es werden nachvollziehbare, verbindliche und standardisierte Kriterien für Nachhaltigkeit vermisst. Wenn das unsichtbare Preisschild sichtbar gemacht würde, hätte es zur Folge, dass die Anzahl der sogenannten „strategischen KonsumentInnen“ weiter stark ansteigen und so ihre zurzeit noch unterschätzte Marktmacht weiter wachsen würde. Viele Zeichen sprechen dafür, dass der Nachhaltigkeitsfaktor in Zukunft umsatzwirksam wird!

Es wird eine zentrale Aufgabe aller beteiligten Akteure sein, den roten Faden durch den „Nachhaltigkeitsdschungel“ zu spinnen. Die Fachkompetenz der Frauen muss sehr viel mehr als bisher in der Führungsebene mit einbezogen werden. Die Feminisierung von mehr Verantwortung ist mehr als wichtig – denn wir haben nur diese eine Erde.

Anja Hajduk
Wasser und Gendergerechtigkeit

MdHBü und ehem. Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg, GAL

©Broschüre Gender and Mitigation (GGCA-IUCN)

Der Anspruch auf sauberes Wasser und auf sanitäre Versorgung hat den Rang eines Menschenrechts – das hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2010 einstimmig beschlossen. Sie hat damit klargestellt, dass Wasser keine beliebige Handelsware ist, sondern ein öffentliches Gut. Nur Kontrolle der Wasserversorgung können allgemeinen Zugang zu Wasser und nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen sicherstellen. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Wasser Reichen und Armen, Männern und Frauen gleichermaßen zur Verfügung steht. Wir haben *auch alle* Voraussetzungen, um den Umbau der städtischen Infrastrukturen, einschließlich der Wasserversorgung, zu bewältigen, den Klimawandel und Ressourcenverknappung von uns verlangen. Anders in den Entwicklungs- und Schwellenländern und ihren schnell wachsenden Megacities. Für sie ist es eine gewaltige, noch ungelöste Aufgabe, die Wasserversorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen. Für eine Milliarde Menschen ist das Menschenrecht auf Wasser bisher ein uneingelöstes Versprechen. Als direkte Folge sind Armut, Hunger und Krankheit für sie eine permanente Bedrohung, öfter noch eine bedrückende Realität.

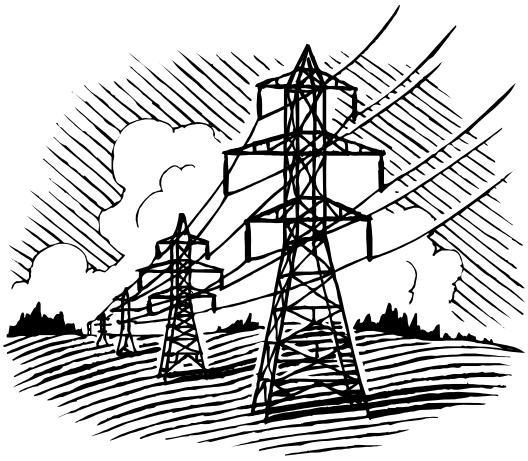
„Menschenrechte sind Frauenrechte, und Frauenrechte sind Menschenrechte“, so hat es Hillary Clinton auf dem Weltfrauentag 1995 formuliert. Das gilt auch für das Recht auf Wasser. Es sind die Frauen, die von mangelndem Zugang zu Wasser, schlechter Wasserqualität, schlechten sanitären Bedingungen besonders betroffen sind. Oft liegt die mühselige Aufgabe der Wasserbeschaffung allein und buchstäblich auf ihren Schultern. Wo Konflikte um knappe Wasserressourcen gewaltsam ausgetragen werden, sind sie die Leidtragenden.

Hamburg engagiert sich in seinen Städtepartnerschaften für eine bessere Wasserversorgung. In Dar es Salaam hatte die von der Weltbank erzwungene Wasserprivatisierung in einem Desaster geendet; der Staat hat darum 2005 die Versorgung wieder selbst in die Hand genommen. Das städtische Unternehmen Hamburg Wasser unterstützt unsere tansanische Partnerstadt beim Brunnenbau und bei der Abwasserbehandlung. Im vergangenen Jahr haben wir in Hamburg zum ersten Mal den Onassis-Umweltpreis verliehen. Er ging an ein israelisch-jordanisch-palästinensiches Wasserprojekt. Dass Wasser – Wasser für alle – Voraussetzung für Wohlstand und Frieden ist, wurde dabei besonders deutlich. Und Voraussetzung für Geschlechtergerechtigkeit, können wir hinzufügen: Die Verbesserung der Wasserversorgung ist eine politische Aufgabe, bei der wir die Perspektive der Frauen immer einbeziehen müssen.

Dr. Monika Schaal

Energie und Gender

MdHBü und Fachsprecherin für Umwelt, SPD



Vor allem junge Mütter und Frauen brachten anfänglich mit ihrer Skepsis gegenüber der Atomenergie die Anti-AKW-Bewegung in Schwung. 2001 läutete Rot-Grün das erste Ende des Atomzeitalters ein und unter Schwarz-Gelb wurde es wieder verworfen. Den dramatischen Ereignissen um das japanische Atomkraftwerk Fukushima im März dieses Jahres folgte dann die in großer Einmütigkeit getroffene Verabschiedung der Gesetze zur Energiewende. Das letzte Atomkraftwerk geht 2022 vom Netz. Umgesetzt werden muss die Energiewende durch Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und den beschleunigten Ausbau von erneuerbaren Energien aus Wasser, Wind, Sonne und Biomasse mit dazugehörigen Leitungsnetzen und Speichertechnologien. Sie wird nur gelingen, wenn Frauen mitziehen.

Doch Energiewirtschaft ist „Männersache“. Von 950 Stadtwerken werden nur zwei von Frauen geleitet. Bei den großen Energiekonzernen hat es hierzulande allein die Juristin Regine Stachelhaus im E.ON-Vorstand in der Branche nach ganz oben geschafft. Nur 20 % der Beschäftigten in der Branche sind Frauen. Abhilfe schaffen soll der Abbau von unterschwellig immer noch vorhandenen Vorurteilen, dass Frauen technisch weniger begabt und leistungsfähig seien als Männer. Dazu dienen verschiedene auch vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit geförderte Ausbildungsprojekte für Mädchen und junge Frauen im Bereich der zukunftsträchtigen Erneuerbaren Energien.

Frauen haben viel mit Energie zu tun. Aber Entscheidungen, welche Haushaltsgeräte zu hause angeschafft werden, treffen vielfach Männer. Energieeffizienz hat für sie oft keinen so hohen Stellenwert wie für Frauen. Frauen - vor allem die Älteren - sind eher geneigt als Männer, Energie zu sparen und auf Effizienz zu achten, wie eine bundesweit repräsentative FORSA-Umfrage von August 2011 ergab; doch energiesparende Haushaltsgeräte sind teurer als „normal“ verbrauchende Geräte. Darum können einkommensschwache Haushalte – vielfach allein alleinerziehende Mütter oder alleinlebendende Rentnerinnen – wider besseres Wissen kaum einen Beitrag zur Energiewende leisten und werden obendrein noch mit hohen Stromkosten belastet. Denn allein mit dem Austausch alter Waschmaschinen und Kühlschränke ließe sich der Energieverbrauch spürbar senken, viel Geld für Strom sparen und nebenbei noch das Klima schützen. Das ist die Energiewende! Was in der Wirtschaft gut funktioniert, weil es sich rechnet, kann für die privaten Haushalte zum Problem werden, wenn die entsprechenden Mittel für effiziente Geräte fehlen. Entsprechenden Hilfsangeboten für einkommensschwache Haushalte könnten aus einem Effizienzfonds gefördert werden. Frauen müssen auch die Energiewende zu ihrer Sache machen, um sie voran zu bringen. Die Gender-Thematik könnte einen Beitrag leisten, soziale, ökonomische und ökologische Aspekte der Energiewende zusammen zu führen und Hürden für eine nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz zu beseitigen.

Birgit Stöver
Stadtentwicklung und Gender
MdHBü und Fachsprecherin für Umwelt, CDU

© iStockphoto

Begriffe wie Chancengerechtigkeit und Gleichstellung sind heutzutage in aller Munde. Doch Gleichberechtigung, wie sie das Grundgesetz versteht, lässt sich nur erreichen, wenn Gleichstellung zu einer echten Querschnittsaufgabe wird. Dem demografischen Wandel, den Veränderungen in der Arbeitswelt und den veränderten vielfältigen Vorstellungen von Privatleben und Familie müssen wir uns auch im Hinblick auf eine nachhaltige Stadtentwicklung stellen. Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten, gerade beim Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, positiv weiterentwickelt. Berufstätige Mütter und Mehrgenerationenhaushalte sind heute ebenso Normalität wie Patchwork-Familien. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, ist es notwendig, dass wir - viel stärker als bisher - die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern in die Gestaltung von Städten und Bauten einfließen lassen. Denn gerade diesem Bereich kommt eine hohe soziale Bedeutung zu. Frauen und Männer formulieren verschiedene Ansprüche hinsichtlich Mobilität und Verkehrswegen, Versorgungsstruktur und Nutzung öffentlicher Räume. Infrastrukturmaßnahmen, zum Beispiel im Bereich Mobilität oder Versorgungseinrichtungen, orientieren sich immer noch an den Bedürfnissen des Vollzeit-Erwerbstätigen, der sich zu festen Zeiten zwischen den Bereichen Wohnen und Arbeiten bewegt. Meines Erachtens müssen sich zukünftige Planungen viel stärker von der Lebenswirklichkeit leiten lassen. Flexible Arbeitszeitmodelle und „work at home“ halten Einzug in unsere Gesellschaft. Der moderne Lebens- und Familienalltag bedeutet Mobilität zwischen verschiedenen Zielen zu unregelmäßigen Zeiten. Auch öffentliche und private Räume werden von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen unterschiedlich genutzt. Räume wie Spielplätze und Erholungsräume gefahr- und barrierefrei zu gestalten, bedarf aus meiner Sicht einer intensiveren Berücksichtigung im Bereich nachhaltiger Stadtentwicklung. Dabei ist auch daran zu denken, die gefahrlose Bewegung der Kinder in öffentlichen Räumen zu steigern.

In der Stadtplanung sind Frauen im Vergleich zu Männern meist unterrepräsentiert. Ziel muss es sein, die Beteiligung von Frauen gerade bei öffentlichen Planungsverfahren quantitativ und qualitativ zu fordern und zu fördern. Ich bin davon überzeugt, dass die Integration von geschlechterspezifischen Perspektiven im Städtebau wesentlich dazu beiträgt, Städte zu nachhaltigen, lebenswerten Wohn- und Arbeitsorten für alle zu entwickeln.

Perspektiven für 2012

2012 jährt sich der sogenannte Weltgipfel von Rio zum 20. Mal. Die Weltgemeinschaft vereinbarte damals unter anderem das entwicklungs- und umweltpolitische Aktionsprogramm Agenda 21, das als Meilenstein auf dem Weg zur Nachhaltigkeit gilt. Die dritte Nachfolgekonferenz „Rio + 20“ findet vom 04.06. - 06.06.2012 erneut in der brasilianischen Metropole Rio de Janeiro statt.
Die Erwartungen an die Konferenz sind hoch. Unzählige Gruppen und Vorbereitungstreffen weltweit sollen die UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung zum Erfolg führen. Ein wichtiges Thema wird die „green economy“ sein. Während 1992 auf der ersten Rio-Konferenz die Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung noch als Zukunftsthema gehalten wurden, lebt die Menschheit heute mit den negativen Auswirkungen einer nicht nachhaltigen Politik und Wirtschaft.

Rio 2012 soll nach dem Willen der Frauengruppe Women Rio+20 Steering Committee, die die Konferenz ebenfalls vorbereitet, eine Geschlechterperspektive im Rahmen der „green economy“ beschlossen werden: „Wir brauchen eine Wirtschaft, die Anreize für ein abfallfreies, kohlenstoffarmes Wirtschaftssystem, das die natürliche Umwelt aufbaut und wieder herstellt und gleichzeitig neue ‚grüne‘ Lebensgrundlagen, Arbeitsstellen und unternehmerische Möglichkeiten sowohl für Frauen als auch für Männer bereitstellt. Frauen sind Schlüsselakteurinnen des Wandels. Ihre Beiträge zu neuen „grünen“ Wirtschaftsaktivitäten sind entscheidend, um die Milleniumsziele in der Entwicklung zu erreichen und um globalen und lokalen Umweltproblemen zu begegnen. Auf der ganzen Welt sind Frauen bereits auf allen Ebenen der Wirtschaft vertreten, angefangen von der Grundversorgung ihrer Familien – mit Nahrung, Wasser, Brennstoff, häuslicher und medizinischer Versorgung – bis hin zum Aufbau von Gemeinschaften und der Leitung von Geschäften. Sie sind Försterinnen, Bäuerinnen, Landverwalterinnen, politische Führerinnen, Forscherinnen, Technologiedesignerinnen und Unternehmerinnen. Frauen reinvestieren einen viel höheren Anteil ihres Einkommens in ihre Gemeinden und fällen wichtige Entscheidungen bezüglich Ausgaben und Anschaffungen. Aufgrund der gesellschaftlichen Geschlechterungleichheit bleiben ihre Stärken und Beiträge in vielen Ländern jedoch verkannt und unterbewertet“.

RIO+20
United Nations
Conference on
Sustainable
Development

Der Vorstand des Landesfrauenrates Hamburg e.V.

© Kirsten Haarmann

Impressum
Herausgeber: Landesfrauenrat Hamburg e.V.

Redaktion: Christa Randzio-Plath (ViSdP), Rita Kahl, Nassim Madjidian

Grindelallee 43, 20146 Hamburg
Tel.:040 - 422 60 70
Fax: 040 - 422 60 80
Email: landesfrauenrat@onlinehome.de
Web: www.landesfrauenrat-hamburg.de
Stand: September 2011

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Diese Broschüre wird finanziert aus Mitteln von Hamburg Umwelthauptstadt Europas 2011.

Frauen und Umweltschutz weltweit:
UNEP-Umweltpionierinnen

© UNEP http://www.unep.org/women_env/
Von links nach rechts und von oben nach unten:
Rejoice Mabudafhasi, Südafrika (Wald, Wasserversorgung, urbane Entwicklung);Ulrike Röhr, Deutschland (Klimawandel und Energie); Michiko Ishimure, Japan (Gesundheit); Fernanda Giannasi, Brasilien (Wald, Gesundheit, Recht); Kristalina Georgieva, Bulgarien (Kimawandel); Tuenjai Deetes, Thailand (nachhaltiger Konsum); Yosepha Alomang, Indonesien (Energie); Esther Camac, Costa Rica (Boden, Nachhaltigkeit); Rashida Bee, Indien (Gesundheit); Chief Bisi Ogunleye, Nigeria (Frauen und Umwelt); Habiba Al Marashi, Dubai (Bildung, Naturschutz)